



WTO auf der Kippe

Kommentar zur WTO-
»Entwicklungsrunde« Seite 2

»Kein unregelmäßiger Globalisierungswettbewerb bei Nahrungsmitteln«

Ein Interview zur Agrar- und Handelspolitik der neuen Bundesregierung Seite 2

Einäugig unter Blinden

Neuer Klimaschutz-Index Seite 4

Zu dieser Ausgabe



KLAUS MILKE
Germanwatch
Vorstandsvorsitzender

Liebe Leserin, lieber Leser,

Germanwatch setzt sich bereits seit 15 Jahren für gerechte, faire Welthandelsstrukturen, für den Klimaschutz und für die Einhaltung der Menschenrechte durch Unternehmen ein – mit Erfolg! Schon mehrfach ist unsere Arbeit ausgezeichnet worden, so auch Anfang dieses Jahres zweimal (Seite 3).

Eines unserer wichtigsten Ziele ist die Neuausrichtung der deutschen, europäischen und internationalen Agrarpolitik – hin zu einer naturverträglichen, sozial gerechten Landwirtschaft, bei uns und weltweit. Dafür ist eine Wende in der WTO-Politik ebenso dringend nötig wie der Umbau des EU-Agrarsubventionensystems – dazu mehr auf Seite 2, u.a. im Interview mit Horst Seehofers Staatssekretär Dr. Gerd Müller.

Pünktlich zum 15-jährigen Geburtstag haben wir auch das Layout unserer Zeitung überarbeitet. Wir hoffen, Sie finden daran Gefallen und werden auch optisch jetzt noch mehr zu unseren Themen hingezogen.

Viel Spaß beim Lesen!

Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender



Warum ich Germanwatch wichtig finde



MONICA KLEISER
Bundesvorsitzende der
Katholischen Landjugend-
bewegung Deutschlands
(KLJB)

Die Verbindung von Klimaschutz, Ökologie und globaler Gerechtigkeit ist eine wesentliche Grundlage für eine nachhaltige ländliche Entwicklung weltweit. Germanwatch leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

In der Landwirtschaft werden durch Preisdruck die kleinbäuerlichen Strukturen und damit die Lebensgrundlage der Menschen zerstört.

Gemeinsam setzen wir uns für die Ziele der Ernährungssicherung durch eine entwicklungsverträgliche Erzeugung von Agrarprodukten sowie die Armutsbekämpfung ein. Die Menschen in ländlichen Gebieten – in Entwicklungsländern und in Europa – erhalten dadurch neue Zukunftsperspektiven.

Für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

Bundesregierung legt Zahlungen im Agrarbereich bisher nicht offen



PICTURE ALLIANCE/WALTER BIER

Dass die EU-Agrarpolitik jährlich mehr als 40 Milliarden Euro Steuergelder verschlingt, ist vielen bekannt. Sechs Milliarden Euro gehen allein nach Deutschland. Empfänger sind dabei nicht nur Landwirte, sondern auch Unternehmen, die mit Agrarprodukten handeln. Nicht bekannt ist dagegen, wofür welche Unternehmen und landwirtschaftlichen Betriebe wie viele Agrarsubventionen erhalten. Doch das soll sich jetzt ändern: In der »Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen« haben sich 27 Organisationen – darunter Germanwatch als Mitinitiator – zusammengeschlossen, um mit Nachdruck die Veröffentlichung der Verteilung der Agrargelder einzufordern.

Gemäß den letzten verfügbaren Zahlen erhalten in Deutschland 0,5 Prozent der Betriebe jeweils mehr als 300.000 Euro, während 70 Prozent der Betriebe jeweils bis zu 10.000 Euro erhalten. »Einige rationalisierte flächenstarke Betriebe kommen somit auf Prämienzahlungen von umgerechnet bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft, während der Durchschnitt der Betriebe weniger als ein Zehntel davon je Arbeitskraft erhält«, sagt Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, EU-Parlamentarier und Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Deren Zeitung *Unabhängige Bauernstimme* berichtet, dass alleine das ostdeutsche Gut »Klein Wanzleben GmbH & Co. KG« momentan jährlich rund 1,7 Millionen Euro EU-Prämien erhält.

Große Agrarunternehmen profitieren

Wie die *Frankfurter Rundschau* berichtet, werden mit rund 85 Millionen Euro mehr als die Hälfte der Exportsubventionen im Rindfleischsektor an die zehn größten Rindfleisch-Exporteure gezahlt. Zu den Empfängern gehören Unternehmen wie die Bonn Fleisch Export und Import GmbH, Südfleisch, Westfleisch und der deutsche Ableger von Danish Crown. Im Milchsektor zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Auch hier streichen die oberen zehn

Milch-Exporteure rund 45 der 65 Millionen Euro Exportsubventionen im Milchbereich ein. Zu den Profiteuren gehören Nestlé, Hochland und Nordmilch.

Insgesamt sollen solche Zahlen jedoch ein Geheimnis bleiben. Denn Bund und Länder wollen bisher diese Informationen nicht offen legen. In vielen anderen europäischen Ländern ist sie dagegen bereits Praxis. Die öffentliche Bekanntgabe der konkreten Zahlungen mit Angabe von Namen aller Empfänger, des jeweiligen Zahlungszwecks und der jeweiligen Zahlungshöhe in mehreren EU-Ländern hat dazu geführt, dass die Verteilung, aber auch die Sinnhaftigkeit der Kriterien der EU-Subventionen stark diskutiert wird. Als erstes Land hatte Dänemark im Frühjahr 2004 die Angaben veröffentlicht. Es folgten Schweden, Großbritannien, Irland, einige Regionalregierungen Spaniens, die Niederlande und Frankreich. Auch in Finnland ist die Offenlegung geplant.

Die Verlierer: Umwelt, bäuerliche Betriebe und Entwicklungsländer

Die momentane Verteilung der Gelder bringt mehr Verlierer als Gewinner mit sich. Verlierer sind kleinere bäuerliche Betriebe, die ums Überleben kämpfen, die Umwelt, die unter den Folgen der Intensivlandwirtschaft leidet und die Kleinbauern in den so genannten Entwicklungsländern, die mit den billigen, subventionierten Lebensmitteln aus der EU nicht konkurrieren können.

Bereits in den 1990er Jahren machte Germanwatch auf die negativen Auswirkungen von subventionierten EU-Rindfleischexporten auf die westafrikanischen Küstenländer aufmerksam. Viehzucht und -handel stellten bis in die 80er Jahre einen der wenigen funktionierenden Erwerbszweige im Sahel dar. In den 80er und 90er Jahren stieg der Anteil der EU-Exporte am westafrikanischen Rindfleischmarkt stark an. So verschlechterten sich die Bedingungen für die heimischen Produzenten,

schon 1993 erhielten die Rinderzüchter nur noch die Hälfte des früheren Preises. Die Folge dieser verfehlten EU-Agrarpolitik ist die Gefährdung traditioneller Absatzmärkte aus lokaler oder nachbarstaatlicher Produktion. Und trotz der Kritik seit über 20 Jahren betreibt die EU weiter massives Agrar-Dumping (Verkauf von Produkten unterhalb der Produktionskosten) auf den Märkten der Entwicklungsländer, z.B. bei Getreide, Milch und Gemüse.

Bindung der Subventionen an soziale und ökologische Kriterien

Auch mit der Abschaffung der Exportsubventionen im Jahr 2013, welche die Welthandelsorganisation (WTO) in Hongkong letztes Jahr beschlossen hat, wird das Problem des Dumpings von EU-Agrarprodukten bestehen bleiben. Denn auch interne Subventionen können Dumping verursachen – sowohl national als auch international. Dieses Problem wird jedoch nicht von der WTO angegangen.

Umso entscheidender ist es aus entwicklungspolitischer Sicht, das Subventionssystem der EU neu zu gestalten. Als Prinzip für die Vergabe von Subventionszahlungen sollte die Honorierung von gesellschaftlichen Leistungen dienen – wie der Erhalt der Kulturlandschaft und Artenvielfalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen (siehe Seite 2: Positionen deutscher NGOs). Das ist das Ziel der »Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen«.

Denn nur nach der Offenlegung der Subventionen ist eine fundierte Diskussion über die derzeitige Verteilungspraxis möglich. Die Initiative setzt sich für eine Wende in der Förderpolitik ein, hin zu einer sozial gerechten, bäuerlichen, regionalen, ökologisch verträglichen und tiergerechten Landwirtschaft ohne negative Auswirkungen auf Entwicklungsländer.

SARAH KAHNERT
Referentin für Welthandel und Ernährung

Weitere Informationen: www.wer-profitiert.de

Nachdem die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) Ende April eine weitere Frist für die Lösung strittiger Fragen verpasst haben, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden, ob die schon 2001 eingeläutete Doha-Runde noch dieses Jahr beendet werden kann. Ein Ergebnis, das dem propagierten Anspruch einer „Entwicklungsrunde“ gerecht werden könnte, scheint bis dahin nicht mehr erreichbar.

Die von WTO-Generalsekretär Pascal Lamy entwickelte Formel »Mehr

Kommentar

WTO auf der Kippe



TOBIAS REICHERT
Vorstand
Germanwatch

Markttöffnung der Entwicklungsländer für Industriegüter und der EU für Agrarprodukte« wird sicher nicht dazu führen. Im Gegenteil, unter den derzeitigen Bedingungen würde ein

deutlicher Zollabbau dem Trend zur Industrialisierung der Landwirtschaft weltweit weiter Vorschub leisten und den Aufbau diversifizierter Ökonomien in vielen Entwicklungsländern behindern. Zudem ist derzeit noch mehr als fraglich, ob die in den Verhandlungen vorgesehenen Schutzinstrumente für Kleinbauern und Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern ausreichen werden.

Statt in letzter Minute ein Ergebnis durchzudrücken, das zur Markttöffnung unter ungleichen Bedingungen führt

und damit den Armen schadet, sollten die Industriestaaten sich zunächst auf eine entwicklungs- und umweltfreundliche Umgestaltung ihrer Subventionssysteme für die Landwirtschaft verpflichten.

Die EU kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie

- sich zur wirksamen Reduktion der Exportsubventionen schon vor dem endgültigen Auslaufen 2013 verpflichtet;
- die Kriterien für die Vergabe der in der WTO erlaubten Subventionen konsequent auf Umwelt und ländliche Ent-

wicklung ausrichtet und einen Zeitplan für das mittelfristige Auslaufen anderer Subventionen vorlegt;

- sich für eine mäßige Markttöffnung im Agrarsektor mit ausreichender Flexibilität für Entwicklungsländer einsetzt und
- im Gegenzug keine über die bisherigen Angebote hinausgehende Öffnung der Güter- und Dienstleistungsmärkte der Entwicklungsländer fordert.

Für eine entsprechende Neuorientierung ist mehr Zeit nötig als in der Doha-Runde vorgesehen: Die WTO sollte sie sich nehmen.

Im Gespräch mit Dr. Gerd Müller (CSU), seit sechs Monaten Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) unter Bundesminister Horst Seehofer, präsentiert dieser sich als Freihandelsgegner und Freund einer europäischen Landwirtschaft, die mit Hilfe von staatlichen Subventionen die Umwelt schützt und die Landschaft pflegt. Den Entwicklungsländern gesteht er das Recht zu, sich bei »gewissen« Nahrungsmitteln vor Billigimporten zu schützen.

»Kein un geregelter Globalisierungswettlauf bei Nahrungsmitteln«

Ein Interview zur Agrar- und Handelspolitik der neuen Bundesregierung



PICTURE ALLIANCE

Herr Staatssekretär, wenn Sie an Landwirtschaft denken, denken Sie an...?

Dann denke ich an gesunde Ernährung, Nahrungsmittel aus heimischer Produktion mit höchster Güte, Bauern, die unsere Kulturlandschaft seit tausenden von Jahren erhalten. Und ich denke an meine Kindheit auf einem Traktor, Kartoffelfeld oder Mähdrescher. Ich bin auf einem Bauernhof aufgewachsen und fühle mich den Menschen auf dem Land nach wie vor sehr nahe.

Befürworten Sie Transparenz bei der Verteilung der EU-Subventionen im Agrarbereich in Deutschland?

Ja, natürlich. Wir müssen doch wissen, wie viele der Gelder in welche Betriebsgruppen, Betriebsgrößen, Regionen usw. fließen und in welchem Zusammenhang diese Zahlungen stehen. D.h., ob sie beispielsweise für Agrarumweltmaßnahmen gezahlt werden oder an Betriebe, die von Reformen und Preissenkungen besonders betroffen waren.

Nach welchen Kriterien sollten landwirtschaftliche Subventionen in der EU vergeben werden?

Aus Sicht der Bundesregierung muss ein wesentliches Vergabekriterium sein, dass die Zahlungen keine oder nur sehr geringfügig handelsverzerrende Wirkung entfalten. Außerdem sollen nur solche Betriebe ungeschmälerter Direktzahlungen bekommen, die hohe Auflagen beim Umweltschutz, der artgerechten Tierhaltung sowie der Lebens- und Futtermittelsicherheit einhalten. Diese hohen deutschen und europäischen Standards müssen dann aber auch in der WTO Berücksichtigung finden. Ich bin generell der Überzeugung, dass bei der Nahrungsmittelproduktion kein un geregelter weltweiter Globalisierungswettlauf stattfinden darf. Agrargüter und Nahrungsmittel können nicht behandelt werden wie Autos und Maschinen.

Was will die deutsche Regierung bei künftigen WTO-Verhandlungen im Agrarbereich noch erreichen?

Die multifunktionale europäische Landwirtschaft, die nicht nur Rohstoffe produziert, son-

dern auch Umwelt- und Naturschutz betreibt, muss erhalten werden. Der Fortbestand dieses Modells darf durch die WTO nicht in Frage gestellt werden. Für Produkte, die auch längerfristig nicht wettbewerbsfähig sein werden und deren Erzeugung für unsere ländlichen Regionen unverzichtbar ist, muss es Ausnahmeregelungen geben, mit denen ein höherer Außenschutz sichergestellt werden kann.

(Anmerkung: Unter Außenschutz versteht man Maßnahmen, die den Markt vor Produkten von »außen« schützen, z.B. Zölle)

Gestehen Sie dieses Recht auf erhöhten Außenschutz auch Entwicklungsländern zu? Denn gerade Entwicklungsländer müssen ihre Märkte schützen dürfen – zum einen gegen Dumpingexporte (z.B. aus der EU), zum anderen, weil ihre Landwirtschaft oft noch nicht mit der hochtechnisierten Landwirtschaft der Industrieländer konkurrieren kann.

Der Schutz der heimischen Produktion ist für jedes Land ein nachvollziehbares Anliegen. Die Basis der Entwicklung in diesen Ländern ist zunächst die agrarische Entwicklung. Das war in Europa vor 200 bis 300 Jahren auch nicht anders. Deshalb bin ich für die Aufrechterhaltung eines gewissen Außenschutzes bei

bestimmten Nahrungsmitteln.

Die EU hat vor kurzem beschlossen, Nahrungsmittelhilfen an Entwicklungsländer künftig nur noch als Bargeldleistung zu vergeben. Warum?

Nahrungsmittelhilfe wird von der EU grundsätzlich als Bargeldleistung, als Geschenk und frei von irgendwelchen Bindungen an Interessen der Geberländer geleistet. Die EU-Gelder werden eingesetzt, um die benötigten Nahrungsmittel auf lokalen oder regionalen Märkten einzukaufen. So haben die dortigen Bauern ein zusätzliches Einkommen. Die EU bemüht sich derzeit darum, diesen Grundsatz auch in der WTO und der Internationalen Nahrungsmittelhilfekonvention zu verankern. So soll verhindert werden, dass Industrieländer die Nahrungsmittelhilfe für die Entsorgung ihrer Überschüsse missbrauchen, wie das die USA und andere wichtige Geber mit sehr negativen Auswirkungen für die lokalen oder regionalen Märkte der Entwicklungsländer tun.

Die EU entsorgt ihre Überschüsse auf eine ähnlich schädliche Weise: Sie werden zwar nicht verschenkt, aber mit Hilfe von Subventionen – darunter die Exportsubventionen, aber auch viele andere – so billig gemacht, dass sie auf dem Weltmarkt und insbesondere in Entwicklungsländern zu Dumpingpreisen angeboten werden. Um dies zu verhindern, müsste das Subventionssystem der EU umgebaut werden. Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen? Was will die Bundesregierung tun, um die für Entwicklungsländer schädliche Überschussproduktion der EU zu beenden?

Zunächst ist zu sagen, dass die EU durch die grundlegenden Agrarreformen seit 2003 ihre Subventionspolitik tiefgreifend umgestaltet hat. Ein Großteil der internen Stützungsmaßnahmen ist inzwischen »entkoppelt«, d.h. diese



DR. GERD MÜLLER
Staatssekretär im
Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Neuorientierung der EU-Agrarpolitik!

Positionen für eine bäuerliche, naturverträgliche und sozial gerechte Landwirtschaft in Nord und Süd

Trotz grundlegender Reformen gewichtet die »Gemeinsame Agrarpolitik« der EU soziale und ökologische Ziele immer noch zu wenig. Weiterhin werden vor allem betriebswirtschaftliche Effizienz und Produktionssteigerung belohnt statt gesellschaftlich wünschenswerter Leistungen wie Umweltschutz und Schaffung von Arbeitsplätzen. So begünstigen die Subventionen vor allem agrarindustrielle Großbetriebe. Auf dem Weltmarkt führen sie zu massiven Wettbewerbsverzerrungen, worunter besonders Kleinbauern in Entwicklungsländern leiden.

Ein grundlegender Umbau der EU-Agrarpolitik ist deswegen notwendig, hin zu einer bäuerlichen, naturverträglichen und sozial gerechten Landwirtschaft in Nord und Süd und fairen Bedingungen im internationalen Handel.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich für die Umsetzung der folgenden fünf Punkte einzusetzen:

1. Europas Verantwortung im Welthandel wahrnehmen

Im Rahmen der WTO-Verhandlungen ist es die Aufgabe der EU dafür einzutreten, dass der Marktzugang für Entwicklungsländer verbessert und Schutzrechte für dortige Märkte eingeführt werden. Außerdem müssen die Exportsubventionen vor 2013 beendet und die eingesparten Gelder für die ländliche Entwicklung im Süden bereit gestellt werden. Nur so bekommen ärmere Länder eine Chance, sich vor Billigimporten aus den Industrieländern zu schützen und ihre Produkte auf ihren eigenen Märkten und dem Weltmarkt abzusetzen.

2. Umbau des Subventionensystems

Allgemeine Direktzahlungen und Maßnahmen, die zu Produktionssteigerungen führen, müssen abgeschafft werden. Stattdessen ist anzustreben, dass die Zahlungen an soziale (z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen) und ökologische (z.B. Umweltschutz, Tierschutz und Erhalt der Biodiversität) Kriterien geknüpft werden.

3. Transparenz bei der Mittelvergabe

EU-Agrarsubventionen sind Steuermittel. Nur durch Transparenz kann eine Akzeptanz der Zahlungen in der Öffentlichkeit erreicht werden. Es muss deshalb offen gelegt werden, welche Betriebe wie viele Subventionen bekommen und wofür.

4. Standards und Kleinbauern

Viele in der EU gültige Verbraucherschutz- und Qualitätsstandards überfordern Kleinbauern in Entwicklungsländern und hindern sie daran, ihre Produkte in der EU zu verkaufen.

Deshalb müssen einerseits mehr Standards und Gütesiegel aus Entwicklungsländern anerkannt werden. Andererseits ist die Einrichtung

Subventionen bieten keinen Anreiz mehr für die Produktion von Überschüssen. Zudem hat die EU im Dezember 2005 in Hongkong erneut ihre Bereitschaft erklärt, sämtliche Exportsubventionen bis zum Jahr 2013 komplett zu streichen.

Wie soll sich die deutsche Landwirtschaft in den nächsten Jahren entwickeln?

Lebensmittel mit garantierter Qualität und Sicherheit sowie nachwachsende Rohstoffe – Stichwort Bioenergie – sind die Zukunftsfelder für die deutsche Landwirtschaft. Daneben werden sich die Verdienstmöglichkeiten in der Landschaftspflege, im Naturschutz und bei anderen gesellschaftlichen Leistungen entwickeln – sie müssen vom Staat honoriert werden.

INTERVIEW: SARAH KAHNERT & RALF WILLINGER

Kommentar von Germanwatch zum Interview

Zur Frage der Transparenz bei den EU-Agrarsubventionen: Bis jetzt sind die Daten (wer bekommt wieviele Subventionen wofür) in Deutschland nur sehr begrenzt verfügbar, in anderen EU-Ländern werden sie veröffentlicht (s. Leitartikel S.1). Germanwatch und andere Organisationen setzen sich für die Offenlegung aller Subventionszahlungen im Agrarbereich ein (www.wer-profitiert.de). Dazu wurden Briefe an die Bundesminister und Landesminister geschrieben und offizielle Anfragen an die zuständigen Stellen gerichtet; die Antworten stehen größtenteils noch aus.

Die in der vorletzten Frage angesprochene Reform der EU-Agrarpolitik seit 2003 geht in die richtige Richtung, sie ist aber bisher bei weitem nicht ausreichend. Denn weiterhin werden in der EU mit Hilfe von Subventionen jährlich viele Millionen Tonnen Überschüsse produziert, die dann billig in Entwicklungsländer exportiert werden.

Die bei der WTO-Konferenz in Hongkong beschlossene Abschaffung der Exportsubventionen ist zwar richtig, kommt aber in 2013 viel zu spät und reicht nicht aus. Denn auch viele andere Subventionsarten – so genannte interne Subventionen – verbilligen künstlich die EU-Exportprodukte und drücken die Preise auf dem Weltmarkt – und verursachen damit Hunger und Armut in Entwicklungsländern.

Deshalb fordern Germanwatch und andere Organisationen der Zivilgesellschaft, dass künftig auch solche subventionierten Produkte nicht mehr exportiert werden.

eines Fonds notwendig, um die Kleinbauern bei der Anpassung ihrer Produkte an internationale Standards zu unterstützen.

5. Recht auf Zugang zu natürlichen Ressourcen

Eine Monopolisierung von wichtigen Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut muss durch kartellrechtliche Maßnahmen verhindert werden. Als Grundlage für eine verbindliche Regelung soll eine 2004 von allen FAO-Mitgliedsländern formulierte freiwillige Leitlinie zum Recht auf Nahrung dienen.

Das ausführliche Positionspapier »Neuorientierung der EU-Agrarpolitik« kann unter www.germanwatch.org/tw/eu-pos06.htm kostenlos herunter geladen werden. Es entstand in Zusammenarbeit von Germanwatch und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und wird von 16 weiteren deutschen Organisationen aus Entwicklungspolitik, Tier-, Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz getragen.

PAULA SCHEIDT

Verleihung des Public Eye Award
anlässlich des Weltwirtschafts-
forums in Davos.

Die Preisträger 2006:
Jesús Torres Nuño von der
mexikanischen Euzkadi-Gewerkschaft,
Martin Wolpold-Bosien vom
Food First Informations- und Aktions-
Netzwerk (FIAN) und Cornelia
Heydenreich von Germanwatch.



Public Eye Award und ein Grünes Album zum Geburtstag

Germanwatch wird 15 Jahre alt – und bekommt zwei wichtige Preise



Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer (l.),
und Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von
Germanwatch, mit der neuen Sonderbriefmarke
»Klimaschutz geht uns alle an« bei der Verleihung
des Grünen Briefmarkenalbums in Berlin.

sich lohnt, gegen die Menschenrechtsverletzun-
gen von Unternehmen aktiv zu werden.«

Sieg der internationalen Solidarität

Gewerkschaftsführer Jesús Torres Nuño betonte
die Bedeutung der internationalen Solidarität:
»In dieser globalisierten Welt sind wir darauf
angewiesen, den Kampf für unsere Rechte eben-
falls zu globalisieren. Das war der Schlüssel zum
Erfolg: auf Verbündete, Freunde zählen zu kön-
nen, die mit uns in Mexiko und Deutschland
gegen Continental stritten: auf Aktionärsver-
sammlungen, in den Medien, mit den Parla-
mentariern.«

Die Continental AG aus Hannover hatte im
Dezember 2002 von einem Tag auf den ande-
ren das Euzkadi-Reifenwerk im mexikanischen
Guadalajara unrechtmäßig geschlossen, die
Produktion sollte verlagert werden. Doch die
Euzkadi-Arbeiter wehrten sich, sie streikten
und verhinderten den Abtransport der millio-
nenteuren Maschinen aus »ihrer« Fabrik.

Die Internationalisierung der Proteste mit
Hilfe von Germanwatch und FIAN – unter an-
derem durch eine OECD-Beschwerde – führte
Anfang 2005 zum Erfolg: Conti verkaufte das
Reifenwerk zur Hälfte an das mexikanische
Unternehmen Llanti Systems, zur anderen
Hälfte wurde es den Arbeitern übertragen, die
eine Genossenschaft gründeten. Das Euzkadi-
Reifenwerk wurde unter der neuen Leitung im
Februar 2005 wieder eröffnet, alle Arbeitsplätze
konnten wiederhergestellt werden.

15 Jahre Germanwatch

Mit diesen Erfolgen im Rücken konnte der
15-jährige Geburtstag von Germanwatch An-
fang März in Bonn gebührend gefeiert wer-
den – auch wenn der Verein wegen der knappen
Finanzlage oft wichtige Ideen nicht umsetzen
kann. Doch die Preise geben einen zusätzlichen
Motivationsschub.

Denn Germanwatch will auch in den näch-
sten 15 Jahren eine starke Lobby sein: für Klima-
schutz, für einen fairen, nachhaltigen Welthand-
del, für die Einhaltung der Menschenrechte und
für Unternehmensverantwortung.

RALF WILLINGER

Weitere Infos: www.germanwatch.org

»Wir sitzen in einem Boot«

EU-Agrarpolitik: Kleine Betriebe
in Deutschland und Kleinbauern
in Entwicklungsländern leiden

Was haben deutsche Bauern mit den so
genannten Entwicklungsländern zu tun?
Diese Frage zu beantworten und die Zusam-
menhänge in der Öffentlichkeit und besonders
heimischen Bauern zu verdeutlichen, war ein
Ziel eines zweijährigen Projekts von German-
watch und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche
Landwirtschaft (AbL).

Konkret am Beispiel Milch wurden bei Ver-
anstaltungen in ganz Deutschland die Folgen
der EU-Agrarpolitik mit Bauern diskutiert.
Zentrales Thema waren die niedrigen Milch-
preise in Deutschland und der EU. Viele deut-
sche Bauern halten den Preiskampf nicht aus
und müssen aufgeben. Auf der anderen Seite
verdrängen EU-Milchexporte – möglich durch
Subventionen und Niedrigpreispolitik – Klein-
bauern in Entwicklungsländern von ihren hei-
mischen Märkten. Die im Projekt entstandene
Studie »Anforderungen an eine Reform der EU-
Milchmarktordnung aus der Sicht bäuerlicher
Organisationen in Nord und Süd« analysiert
die derzeitige Milchmarktpolitik und ihre Aus-
wirkungen innerhalb der EU und auf Entwick-
lungsländer und entwickelt Reformvorschläge.

Die europäische und damit auch deutsche
Agrarpolitik hat zahlreiche negative Effekte
auf Entwicklungsländer – die in vielen Fällen
Hunger und Armut zur Folge haben. Um dies
zu ändern, haben Germanwatch und AbL einen
Dialog mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen
Organisationen initiiert. Daraus ist ein gemein-
sames Positionspapier zur Neuorientierung der
EU-Agrarpolitik entstanden (s. Seite 2), das sich
konkret an die Bundesregierung richtet. Ge-
meinsam mit der Studie »EU-Agrarsubventio-
nen auf dem Prüfstand. Entwicklung von Krite-
rien für ihren Umbau« wurde es Ende März der
Öffentlichkeit vorgestellt.

»Die Ergebnisse des Projekts zeigen: Unsere
Landwirtschaft in Europa sitzt mit der übrigen
Welt in einem Boot«, so Dr. Christoph Kohl-
meyer, Referatsleiter im Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-
lung (BMZ).

Die enge Kooperation zwischen einer bäuer-
lichen und einer entwicklungspolitischen Or-
ganisation – AbL und Germanwatch – hat sich
bewährt, sie soll fortgeführt werden. Die ver-
schiedenen Blickwinkel haben zwei Seiten einer
Medaille zu einem Ganzen werden lassen: zu
einem bäuerlichen, entwicklungsfreundlichen,
umweltverträglichen und sozial gerechten Kon-
zept von Landwirtschaft weltweit.

SARAH KAHNERT

Die Publikationen können kostenlos im Internet
herunter geladen oder bestellt werden.
Links und Bestellinfos finden Sie auf Seite 4 unter
»Publikationen«.

Erfolge für den Klimaschutz

Seit Mitte der 90er Jahre setzt sich Christoph
Bals mit Germanwatch für den Klimaschutz ein.
Unter anderem war er Mitinitiator des »Euro-
pean Business Council for Sustainable Energy«
und der Pro-Kyoto-Unternehmer-Initiative
»e-mission 55«, die nach dem Ausstieg der
US-Regierung maßgeblich die positive Ent-
scheidung der EU und Japans beförderte, das
Kyoto-Protokoll dennoch in Kraft zu setzen. Er
war auch Mitbegründer des Projekts für klima-
bewusstes Fliegen »atmosfair«. Seit 2001 ist er
einer der drei Vertreter von Umweltschutzverbänden
im Arbeitskreis Emissionshandel der Bundesre-
gierung.

Cornelia Heydenreich nahm den Preis in
Davos gemeinsam mit Martin Wolpold-Bosien
von FIAN und Jesús Torres Nuño von der me-
xikanischen Euzkadi-Gewerkschaft entgegen,
mit denen Sie drei Jahre lang für die Rechte der
mexikanischen Arbeiter gegen Continental ge-
kämpft hatte. »Der Erfolg in Mexiko sollte an-
deren Mut machen«, sagte sie. »Er zeigt, dass es

Für eine naturverträgliche, sozial gerechte Landwirtschaft – weltweit! Helfen Sie mit!

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Mitglieder und Freunde,
jedes Jahr werden alleine in Deutschland 6 Milliarden
Euro an EU-Steuergeldern an landwirtschaftliche Betriebe
gezahlt – doch keiner weiß, welche Betriebe wie viele
Subventionen bekommen und wofür. Das ist ein Skandal!

Gemeinsam mit Partnern hat Germanwatch deshalb
eine Initiative für die Offenlegung der EU-Agrarsubven-
tionen gestartet (www.wer-profitiert.de). Wir wollen
keine Abschaffung dieser Subventionen, sondern einen
konsequenten Richtungswechsel:

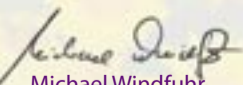
Künftig sollen nur Betriebe finanziell gefördert werden,
die naturverträglich wirtschaften, die unsere Kulturland-
schaft und Artenvielfalt erhalten und die viele Arbeits-
plätze schaffen. Die Förderung intensiver Massenproduk-
tion muss zurückgefahren werden. So würde die Produk-

tionsmenge in der EU sinken und Märkte in den Entwick-
lungsländern würden nicht mehr unter dem Wettbe-
werbsdruck subventionierter EU-Billigprodukte leiden.

Die starke Lobby der Agrar- und Ernährungsindustrie
setzt all ihre Macht ein, um den notwendigen Richtungs-
wechsel zu verhindern. Das dürfen wir nicht zulassen!

Helfen Sie uns dabei, weiter eine starke Gegenlobby
zu sein – für eine naturverträgliche, sozial gerechte Land-
wirtschaft in Deutschland, Europa und weltweit, den Er-
halt der Umwelt und faire Welthandelsbedingungen!

Dafür danken wir Ihnen schon jetzt herzlich!



Michael Windfuhr
Germanwatch-Vorstand

Ja, ich unterstütze Germanwatch!

- Ich werde Mitglied von Germanwatch und zahle einen
Monatsbeitrag von 12,50 Euro / ermäßigt 10 Euro.
- Ich werde regelmäßiger Förderer von
Germanwatch mit einem monatlichen Beitrag von
 5 Euro / 10 Euro / 20 Euro / _____ Euro.
- Ich spende an Germanwatch einmalig / jährlich
den Betrag von _____ Euro.
- Buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:
 monatlich / jährlich

Konto-Nr. _____

Geldinstitut _____

BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Name _____

Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ _____

Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei. Ihre Spende ist steuerlich
absetzbar. Bis zu einer Summe von 100 Euro gilt Ihr Einzahlungsbeleg oder Konto-
auszug als Spendenbescheinigung. Bei Beträgen über 100 Euro erhalten Sie Anfang
nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung.

Termine · www.germanwatch.org/termine

■ **Bonn, 28.6.06, 18–19:30 Uhr:** Germanwatch stellt sich vor. Vortrag von Gerold Kier im Rahmen der Ringvorlesung von BIMUN (Bonn International Model United Nations). Ort: Universitätshauptgebäude, Hörsaal VI

■ **Bonn, 12.9.06, 10–18 Uhr:** Symposium »Erneuerbare Energien zur Armutsbekämpfung«. Kontakt: Forum Umwelt & Entwicklung, Tel. (0228) 359704, info@forumue.de

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 setzen wir uns dafür ein, die deutsche, europäische und internationale Politik am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Die so genannten Entwicklungsländer müssen die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung bekommen.

Germanwatch bereitet den Boden für notwendige Veränderungen. Denn nur durch eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden werden die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung, Richtlinien für Unternehmen sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind unsere Schwerpunkte.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit – siehe Coupon auf Seite 3. Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Ralf Willinger. Layout: Udo Tremmel/Heiko von Schrenk, Berlin. Auflage 97.000. Diese Ausgabe wurde gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber bzw. der Interviewpartner wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

Germanwatch-Publikationen

- Studie: EU-Agrarsubventionen auf dem Prüfstand.** Entwicklung von Kriterien für ihren Umbau (auch in Englisch verfügbar). Einzellexemplare kostenlos, www.germanwatch.org/tw/ea-gr05.htm
- Positionspapier: Neuorientierung der EU-Agrarpolitik.** Kostenlos, www.germanwatch.org/tw/ea-pos06.htm
- Positionspapier: Germanwatch-Position zur neuen EU-Zuckermarktordnung** (Februar 2006). Kostenlos, www.germanwatch.org/tw/zmopos06.pdf
- Studie: Alternativen des Zuckerrübenbaus in NRW.** 5 Euro, www.germanwatch.org/tw/zu-nrw06.htm
- Studie: Impact of EU Sugar Trade on Developing Countries.** A Study with Focus on East Africa: Einzellex. kostenlos, www.germanwatch.org/tw/zu-afr06.htm
- Dokumentation: Die Reform der europäischen Zuckermarktordnung.** Zuckerschwemme in die Europäische Union oder Entwicklungsperspektive für AKP und LDCs? 12 Euro, www.germanwatch.org/tw/zudok06a.htm
- PowerPoint-Foliensatz zum Zucker-Dialogprojekt,** www.germanwatch.org/folien/zucker.ppt
- Flyer: Die EU-Milchpolitik macht's.** Kostenlos, www.germanwatch.org/tw/milfly06.pdf
- Broschüre: Der Klimaschutz-Index.** Vergleich der 53 Staaten mit dem größten CO₂-Ausstoß: Einzellex. kostenlos, www.germanwatch.org/ksi.htm
- Hintergrundpapier: Globaler Klima-Risiko-Index 2006.** Wetterbedingte-Schadensereignisse und ihre Auswirkungen auf die Staaten der Welt in 2004 und im langjährigen Vergleich. 5 Euro, www.germanwatch.org/klak/kri.htm
- Artikel: Neue Forschungsergebnisse zum Klimawandel.** Kostenlos, www.germanwatch.org/rio/eins06.htm
- Dokumentation: Eine andere Conti ist möglich – die erfolgreiche Kampagne zur Verteidigung mexikanischer Arbeitsrechte gegen den deutschen Reifenkonzern Continental AG.** 5 Euro, www.germanwatch.org/tw/euzdok06.htm
- Artikel: Die deutsche Entwicklungspolitik im Spiegel der Entwicklungsfinanzierung.** S. 125–139, erschienen in: Ibeh, Martin Joe und Joachim Wiemeyer (Hrsg.): Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung. Schöningh-Verlag, 302 Seiten. www.germanwatch.org/ez/d-efin06.htm

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung:

versand@germanwatch.org, telefonisch unter (0228) 60492-0,
per Fax (0228) 60492-19, www.germanwatch.org/pub

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn,
oder formlose E-Mail an: versand@germanwatch.org

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Einäugig unter Blinden

Neuer Klimaschutz-Index von Germanwatch – Deutschland auf Platz 5, USA Vorletzter

Konkurrenz, heißt es, belebt das Geschäft. Der Pisa-Test ist ein gutes Beispiel dafür. Erst der Vergleich mit anderen Nationen lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit darauf, dass im eigenen Land etwas falsch läuft. In der internationalen Klimadiplomatie fehlte ein solcher Vergleich – bislang.

Denn der von Germanwatch neu entwickelte Klimaschutz-Index ist so etwas wie »ein Pisa-Test für besseres Klima« (taz). Der Index vergleicht auf einen Blick in Form einer Länder-Rangliste die Klimaschutz-Leistungen von 53 Ländern, die zusammen für über 90 Prozent der weltweiten, energiebedingten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Er berücksichtigt dabei sowohl den Emissionstrend nach Sektoren (Energie, Verkehr, Gebäude, Industrie), das absolute Emissionsniveau als auch die nationale und internationale Klimapolitik der beurteilten Länder.

Das Endergebnis zeigt vor allem eins: Von den zehn größten Volkswirtschaften, die allein für 64 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich sind, erledigen lediglich Großbritannien mit Platz 3 und Deutschland mit Platz 5 ihre Hausaufgaben relativ gut. Die USA, Südkorea, Russland, Kanada, Italien und Japan

landen allesamt im hinteren Drittel (siehe Tabelle). Auch Deutschland gleicht eher einem Einäugigen unter Blinden als einem Muster-schüler: So gibt es hierzulande großen Nachholbedarf im Gebäudesektor, das belegt Platz 31 in dieser Teilbewertung. Und bei den Pro-Kopf-Emissionen steht trotz des moderaten Emissionsrückgangs immer noch ein 41. Rang. Wichtig für das zukünftige Abschneiden

Index-Ranking der zehn größten CO₂-Emittenten

Land	Anteil in % an den weltweiten CO ₂ -Emissionen*	Rang
Großbritannien	2,2	3
Deutschland	3,4	5
Indien	4,2	10
China	14,9	29
Japan	4,8	34
Italien	1,8	38
Kanada	2,2	46
Russland	6,1	48
Südkorea	1,8	49
USA	22,9	52

*energiebedingt

© Germanwatch 2006

ZUR LAGE DER WELT 2006 – CHINA, INDIEN UND UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT



■ Der rasante Aufstieg Chinas und Indiens zu Wirtschaftsmächten ersten Ranges fasziniert und beunruhigt den Westen zugleich. Denn der ökonomische Boom Asiens bringt zunehmend ökologische und soziale Herausforderungen mit sich.

Ein stark ansteigender Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzungen in erschreckendem Ausmaß sind die Schattenseiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Der Blick nach China lässt die westliche Welt ihre eigenen Probleme wie in einem Vergrößerungsspiegel erkennen. Der diesjährige Bericht des Worldwatch Instituts ist ein Plädoyer, im Aufstieg Asiens eher die Chancen als die Bedrohungen für eine weltweit nachhaltige Entwicklung zu sehen.

Die deutsche Ausgabe enthält ein zusätzliches Kapitel von Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch, zum Thema Verantwortung transnationaler Unternehmen. Er zeigt Wege auf, um soziale und ökologische Standards international durchzusetzen, wenn staatliche Regulierungen nicht ausreichen.

PAULA SCHEIDT

»Zur Lage der Welt 2006 – China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft«, herausgegeben vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, 319 Seiten, ISBN 3-89691-628-9, 19,90 Euro, erhältlich im Buchhandel.

Einen Bericht von der Vorstellung der deutschen Ausgabe des neuen »Berichts zur Lage der Welt« am 18. Mai 2006 in Berlin mit Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, Oystein Dahle vom Worldwatch Institute, Klaus Milke von Germanwatch und Ralf Fücks von der Heinrich-Böll-Stiftung finden Sie unter www.germanwatch.org/zldw.htm

ALLES ÜBER ZUCKER ■ »Bauern in Nord und Süd müssen zusammenarbeiten« Henry Richard Kimera von der ugandischen Verbraucher- und Bauernorganisation »Consumer Education Trust« berichtet im Gespräch mit Meike Lurweg, was der Zuckerrohranbau den Bauern in Uganda bringt, wie die Menschen auf dem Land leben und wie sich die Reform des EU-Zuckermarktes auf Uganda auswirken wird. www.germanwatch.org/tw/zu-int06.htm

■ **Germanwatch-Position zur neuen EU-Zuckermarktordnung** (Feb. 2006) www.germanwatch.org/tw/zmopos06.pdf

■ **Der Streit um den Zucker.** Artikel von Germanwatch-Projektleiterin Kerstin Lanje

in der entwicklungspolitischen Zeitschrift »eins«, der den Dialogansatz von Germanwatch im Projekt zur EU-Zuckermarktreform erklärt und Stellung zu den verschiedenen Bewertungen dieser Reform bezieht.

www.germanwatch.org/tw/zu-eins06.htm

■ **Die neuen Studien zu den Themen »Einfluss des EU-Zuckerhandels auf Entwicklungsländer«** (nur engl.) und »Alternativen des Zuckerrübenbaus in NRW« sowie eine Dokumentation zum Thema »Reform der europäischen Zuckermarktordnung« können Sie links unter »Publikationen« bestellen oder bei dem angegebenen Link kostenlos herunter laden.



WE FEED THE WORLD – ESSEN GLOBAL

■ In Lateinamerika hungert ein Viertel der einheimischen Bevölkerung, während auf rund 350.000 Hektar ihres Landes Sojabohnen für die österreichische Viehwirtschaft angebaut werden. In seinem Dokumentarfilm »We feed the World« hat sich der Österreicher Erwin Wagenhofer auf die Spur der Produktion unserer Nahrungsmittel gegeben. In eindrucksvollen Bildern hat er dabei das vorherrschende Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd festgehalten. Nicht nur Bauern und Fernfahrer lässt er zu Wort kommen, sondern auch Jean Ziegler, den UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, sowie den Konzernchef von Nestlé International, Peter Brabeck. Dabei könnten ihre Aussagen, die das Anliegen des Filmes auf den Punkt bringen, nicht gegensätzlicher sein. MEIKE LURWEG & JULIA KOST

Ausführliche Filmkritik unter www.germanwatch.org/tw/wefeed06.htm